



Dritter Anlauf zur Wahrheit

Bundesgerichtshof verhandelt über neuen Prozess zum Feuertod von Oury Jalloh. Seite 6

Foto: Imago/M. Golejewski

Rettung am Sozialgericht?

Flüchtlinge klagen mit Eilanträgen gegen die Ablehnung ihrer Prüfverfahren. Seite 12

Diplomatie

Volker Schlöndorffs elegantes Kino-Kammerspiel. Seite 15

Foto: Jerome Prebost

neues deutschland

SOZIALISTISCHE TAGESZEITUNG

Donnerstag, 28. August 2014

69. Jahrgang/Nr. 200

Berlinausgabe 1,70 € www.neues-deutschland.de



STANDPUNKT

Sackgasse Rassismus

Markus Drescher über die deutsche Migrationspolitik

Die Bundesregierung (wie die davor auch) ist gefangen. Gefangen in einem Labyrinth aus Vorurteilen, Rassismus und dem Wunsch, die eigenen rechten Wähler zu bedienen. Statt einen Ausgang zu finden, der zur Lösung der Probleme führt, die die ungleiche Verteilung von Geld, Nahrung und Sicherheit in der Welt verursachen, landet sie immer wieder in einer Sackgasse.

Das scheinbar orientierungslose Herumtapsen in der sogenannten deutschen Migrationspolitik ist deshalb so ärgerlich – man kann auch schon von einer absoluten Beleidigung jeglichen Intellekts sprechen –, weil diese so augenfällig gescheitert ist. Neuestes Beispiel: das geplante Gesetz gegen die sogenannte Armutszuwanderung. Bedient werden damit nur die eigenen rassistischen Bedürfnisse. Von den Problemen der Menschen aber wird kein einziges gelöst, im Gegenteil, diese werden noch verschärft: Der Mob hat bekommen, was er wollte, den Betroffenen wird die Hilfe vorenthalten, die sie bräuchten. Ergebnis: Die Probleme bleiben, sie sollen bloß woanders hin.

Doch das wird nicht geschehen. Ob die in den europäischen Ländern diskriminierten Sinti und Roma, für deren Abwehr das »Armutszuwanderungsgesetz« geschaffen wird, oder die vielen Tausend Flüchtlinge aus den Kriegsregionen der Welt – sie suchen einen Platz, an dem sie Schutz und eine Lebensgrundlage finden. Darauf haben sie auch ein Recht. Das könnte Deutschland ohne Probleme bieten. Sobald man endlich aus dem Labyrinth gefunden hat.

UNTEN LINKS

Tausende **Bankkunden** fühlen sich schlecht beraten. 16 274 von ihnen beschwerten sich seit November 2012 bei der zuständigen Bankkundenbeschwerdestelle. Nachdem das Bundesfinanzministerium alle verfügbaren Unterlagen zur Beratung von Bankkunden überprüft hat, ist klar geworden, dass überdies guter Rat teuer geworden ist. Zuletzt so teuer, dass Bankkunden mit den Überweisungen an die Bankkundenberater nicht mehr nachkommen und deshalb ihre Guthaben überdurchschnittlich schnell anwachsen – was sich in der Bankkundenszene herumsprach und in der Folge die Nachfrage nach Bankkundenberatern in die Höhe trieb. Nun ist die Frage, ob das so voreilig als übersteuert kritisierte Honorar der Bankkundenberater dadurch nicht wenigstens nachträglich als gerechtfertigt gelten muss, bisher vom Bundesfinanzministerium nicht beantwortet worden. Was natürlich auch daran liegen kann, dass das Bundesfinanzministerium schlecht beraten wird. *uka*

Waffen werfen Schatten voraus

Kanzlerin zieht Lieferung für Kurden durch – Bundeswehr erkundete Bedarf am Ort



Bevor der Bundestag am Montag tagt, wissen die Empfänger der Waffen, was auf sie zukommt. Foto: Reuters/Sasa Kralj

Berlin. Bis zum Ende der Woche, so sagte Kanzlerin Angela Merkel gegenüber MDR-Info, soll feststehen, welche Waffen Deutschland nach Irak liefert. An der Entscheidung sind lediglich das CDU-regierte Verteidigungsministerium sowie die SPD-geführten Ministerien für Wirtschaft und Äußeres beteiligt. Anschließend werden die Exportgenehmigungen erteilt. Merkel kündigte lediglich an, die Koalitionspartner CDU, CSU und SPD in die Entscheidung einzubeziehen. Dazu soll es ein Spitzengespräch geben.

Wenn am Montag im Bundestag die Debatte über den Waffenexport eröffnet wird, sind also längst alle Messen gesungen. Damit werde die Positionssuche im Parlament zu einer Farce hinabgestuft, kritisieren Oppositionspolitiker. Doch laut dem Unionsfraktionsvorsitzenden Volker Kauder ist die Debatte über ein Bundestagsmandat für Waffenlieferungen an Irak ohnehin nur eine »akademische Diskussion«.

Nach Angaben des Verteidigungsministeriums waren bereits deutsche Militärs im kurdischen Erbil, um den Bedarf zu sondieren. Einen Entschluss darüber, was geliefert wird, gebe es noch nicht, sagte ein Ministeriumssprecher. Klar sei allerdings, dass es um Systeme gehe, bei denen »Einweisungen erforderlich sind«. Ob die Bundeswehr die Kurden vor Ort oder in einem Drittstaat unterweise, ist noch unklar. Zudem werde man mit den weiteren Lieferländern abstimmen, wer welche Waffensysteme liefere.

Formell liefert Deutschland an die irakische Regierung, faktisch aber an die gegen die Truppen des Islamischen Staates (IS) kämpfenden Kurden. Bislang steht nur der sogenannte nichtletale Anteil an den militärischen Lieferungen fest. Die Bundeswehr hat zumeist ausgedient Material bereitgestellt.

Zum harten Kern der IS-Kämpfer gehören bis zu 15 000 Mann, sagt die Bundesregierung auf eine Anfrage der Linksfraktion. Davon seien in Irak etwa 7000 und in Syrien bis zu 8000 aktiv. *hei* **Seiten 2 und 3**

SPD-Basis soll Woweraits Nachfolger wählen

Die Kulturszene trauert Berlins Regierendem bereits nach

Berlin. Die Basis der Berliner SPD wird entscheiden, wer die Nachfolge von Berlins Regierendem Bürgermeister Klaus Wowereit (SPD) antreten soll. Wie der Landesverband noch am Dienstagabend beschloss, soll bis Anfang November ein Mitgliederentscheid die Nachfolgefrage klären. Wowereit hatte am Dienstag angekündigt, zum 11. Dezember dieses Jahres zurücktreten zu wollen. Bisher haben der Landeschef Jan Stöß und der Fraktionsvorsitzende Raed Saleh ihre Kandidatur mitgeteilt. Auch am Mittwoch wurde indes die Frage diskutiert, ob die SPD jenseits der Stadtgrenze nach einem Nachfolger suchen soll. Der Bundesverband will sich wohl heraushalten: Generalsekretärin Yasmin Fahimi sagte am Mittwoch im rbb, die Bundes-SPD werde keinen Kandidaten von außen einbringen. »Es gibt jetzt zwei Namen, die vereinbart haben, dass sie in einen fairen Wettbewerb gehen.«

In der Kulturszene, deren Senator Wowereit ebenfalls ist, wird er bereits vermisst. »In diese großen Schuhe muss jemand erst mal reinpassen«, sagte Jürgen Flimm, Intendant der Berliner Staatsoper. Weil mit Wowereits Rücktritt auch der Posten des Aufsichtsrates der Flughafengesellschaft des BER wieder frei wird, forderte Brandenburgs CDU-Chef Michael Schierack Ministerpräsident Dietmar Woidke (SPD) auf, dafür zu sorgen, dass ein Fachmann an die Spitze des Aufsichtsrats gewählt wird. *sal* **Seite 11**

Ukraine ruft nach der NATO

Gipfel brachte keine Entspannung

Kiew. Die ukrainische Krise dauerte am Mittwoch auch nach einem Gipfeltreffen am Vorabend in der belarussischen Hauptstadt Minsk unvermindert an. Der ukrainische Ministerpräsident Arseni Jazenjuk rief die NATO zu Hilfe. Das westliche Militärbündnis müsse auf seinem Gipfel kommende Woche »Schlüsselentscheidungen« für »praktische Hilfe« für sein Land treffen, sagte er bei der Eröffnung eines Kabinetttreffens. Der scheidende NATO-Generalsekretär Anders Fogh Rasmussen sagte mehreren europäischen Zeitungen, er rechne schon bald mit »mehr sichtbarer NATO-Präsenz im Osten«.

Auf die Einleitung einer friedlichen Lösung hatte am späten Dienstagabend ein zwei Stunden dauerndes Gespräch der Präsidenten Russlands und der Ukraine, Wladimir Putin und Petro Poroschenko, hoffen lassen. Poroschenko hatte danach erklärt, dass Moskau einen von ihm vorgelegten Friedensplan unterstützte. Putin sagte, Russland werde »alles für den Friedensprozess tun, falls dieser beginnt«. Die Gas-Verhandlungen sollen wieder aufgenommen werden. Eine Absprache gab es offenbar auch über einen zweiten russischen Hilfskonvoi. »Wir haben über die Notwendigkeit der Hilfe für Donezk und Lugansk gesprochen und vereinbart, wie wir zusammenarbeiten werden«, sagte Putin.

Die ukrainische Armee meldete ohne nähere Angaben das Eindringen einer russischen Militärkolonne aus 100 Fahrzeugen in den Südkosten. »Wir warten auf Foto- oder Videobeweise«, hieß es inoffiziell. *Agenturen/nd* **Seiten 4, 6 und 7**

Gesetz soll arme EU-Bürger fernhalten

Kabinettsentwurf ist vor allem gegen Roma aus Bulgarien und Rumänien gerichtet

Der am Mittwoch vorgestellte Bericht zur Armutsmigration bildet die Grundlage für gesetzliche Abwehrmaßnahmen gegen arme Zuwanderer.

Von Fabian Lambeck

Die beiden Bundesminister Thomas de Maizière (CDU) und Andrea Nahles (SPD) waren am Mittwoch bemüht, jeden Verdacht zu zerstreuen, dass sich ihr Gesetzesvorhaben gegen die EU-Freizügigkeit richten könnte. Der grenzenlose Austausch habe »viel Gutes mit sich gebracht«, so Innenminister de Maizière. »Allerdings dürfen wir die Augen vor den damit verbundenen Problemen nicht verschließen.« Besagte Probleme wurden in dem am Mittwoch vom Kabinetts beschlossenen Abschlussbericht zur Armutsmigration festgehalten. Mit diesem Bericht, den eine im Januar eingesetzte Staatssekretärsrunde erstellte, habe man einen »wichti-

gen Beitrag zur Versachlichung der Diskussion geleistet«. Und auf eine Wahlkampfkampagne der CSU vom Jahresbeginn reagiert. »Wer betrügt, der fliegt«, hatte Bayerns Ministerpräsident Horst Seehofer damals als Parole ausgegeben. Auch wenn der Bericht den massenweisen Betrug bei Sozialleistungen nicht bestätigt, so bildet er doch die Grundlage für einen Gesetzentwurf zur Armutszuwanderung, den das Kabinetts ebenfalls auf den Weg brachte.

Demnach soll es künftig bei Rechtsmissbrauch oder Betrug »befristete Wiedereinreisepersen« geben. Zudem sollen Zuwanderer aus EU-Staaten künftig nur noch sechs Monate Zeit haben, um in Deutschland Arbeit zu finden. Um möglichen Missbrauch beim Kindergeld künftig zu vermeiden, soll die Leistung nur noch unter Angabe der Steuernummer ausgezahlt werden. Außerdem will man die »Anpassung des Kindergeldbezugs an die Lebenshal-

tungskosten am Wohnort des Kindes« prüfen. Sprich: Wenn der Spross in Bulgarien lebt, soll es weniger Geld geben.

Auch Scheinselbstständigkeit und Schwarzarbeit sollen stärker

»Wer betrügt, der fliegt.«

CSU-Chef Horst Seehofer im Januar 2014

bekämpft werden. Dafür sollen die Behörden enger mit dem Zoll zusammenarbeiten. Zusätzliches Personal wird es dafür vorerst aber nicht geben.

Bundesarbeitsministerin Andrea Nahles betonte, die Armutsmigration sei kein »flächendeckendes Problem«, sondern betreffe nur bestimmte Städte. Sie versprach den betroffenen Kommunen weitere Hilfen. Es sind vor allem verarmte Roma,

ISSN 0323-4940



► Heute auf Seite 10
Gesund leben

Hilft der Tango kleinen Krebspatienten zu genesen? Ein Projekt in Berlin will das herausfinden.